

PRESSEMITTEILUNG

Elternbund Hessen e.V. (ebh)

Elternbund Hessen kritisiert fehlende digitale Beschulungsmöglichkeiten für beeinträchtigte Kinder
ebh fordert virtuelle Klassenzimmer, wenn Präsenzunterricht nicht möglich ist

Wiesbaden, 01. Dezember 2025

Der elternbund hessen e.V. (ebh) kritisiert scharf, dass es für eine erhebliche Zahl von Schülerinnen und Schülern in Hessen, die den Präsenzunterricht über einen längeren Zeitraum nicht besuchen können, keine angemessenen digitalen Alternativen gibt. Betroffen sind Kinder, die etwa aufgrund einer Behinderung, einer psychischen Erkrankung, einer emotional-sozialen Entwicklungsstörung oder aus sonstigen Gründen nicht dauerhaft am Unterricht in der Schule teilnehmen können.

„Dass es für diese Kinder keine verlässliche digitale Beschulung gibt, ist ein schwerwiegender Mangel im hessischen Schulsystem“, erklärt Korhan Ekinci, Vorsitzender des elternbund hessen e.V.

Besonders betroffen: autistische und traumatisierte Kinder

In besonderem Maße betroffen sind autistische Kinder, denen es oft schwerfällt, dem Unterricht in Anwesenheit anderer Kinder und Lehrkräfte beizuhören. Für diese Kinder ist der Schulbesuch in der Regel nur mit der ständigen Begleitung einer Teilhabeassistentin bzw. eines Teilhabeassistenten möglich.

Fällt diese Begleitung jedoch aus – etwa krankheitsbedingt oder mangels verfügbarer Kräfte – oder besteht kein tragfähiges Vertrauensverhältnis zwischen Kind und Begleitperson, wird das Kind in dieser Zeit häufig gar nicht oder nur für wenige Stunden beschult.

Eine ähnliche Problemlage besteht bei Kindern, die etwa aufgrund von Fluchterfahrungen, sexuellem Missbrauch, anderen schweren Belastungen oder anhaltendem Mobbing in der Schule traumatisiert sind. Für sie ist der Besuch des Präsenzunterrichts oftmals trotz aller Bemühungen der Eltern und selbst mit Unterstützung einer Begleitperson nicht möglich.

Unterricht darf nicht von Assistenz, Verhalten oder Entwicklungsstand abhängen

„Es ist inakzeptabel, dass die Gewährung von Unterricht – oder dessen Umfang – faktisch von der Anwesenheit einer Teilhabeassistenz abhängig gemacht wird oder an das Verhalten bzw. den Entwicklungsstand des Kindes geknüpft wird“, betont Ekinci.

Die Verpflichtung zur Gewährung eines vollständigen Unterrichts bestehe unabhängig von diesen Faktoren. Es sei Pflicht des Staates und damit der Schulen, alles zu tun, damit Kinder unabhängig von ihrem Verhalten und ihrem Entwicklungsstand umfassend unterrichtet werden können.

Digitale Beschulung als notwendige Alternative – nicht nur als „nice to have“

Vor diesem Hintergrund fordert der elternbund hessen e.V. den systematischen Einsatz digitaler Möglichkeiten wie etwa eines virtuellen Klassenzimmers, das die Teilnahme am Unterricht von zu Hause aus erlaubt.

„Eine alternative Beschulung unter Einsatz digitaler Medien ist in diesen Fällen nicht nur wünschenswert, sondern dringend erforderlich“, so Ekinci.

Die ansonsten eintretende Nichtbeschulung oder Teilbeschulung verletze die betroffenen Kinder in ihrem Grundrecht auf Bildung und widerspreche eklatant dem Kindeswohl.

Kritik am Land Hessen und dem Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen

Kritisch bewertet der elternbund hessen e.V., dass das Land Hessen digitale Unterrichtsformen als Ergänzung oder Ersatz für den Präsenzunterricht bislang nicht strukturell zur Verfügung stellt.

Besonders unverständlich sei, dass das Hessische Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen eine digitale Schulung selbst in Fällen, in denen trotz aller zumutbaren Bemühungen eine Teilnahme am Unterricht in der Schule nicht möglich ist, unter Hinweis auf die Schulpflicht kategorisch ablehnt.

„Gerade vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie, in der der Distanzunterricht ausdrücklich als weitere Form des schulischen Unterrichts normiert wurde, ist diese Haltung nicht nachvollziehbar“, erklärt Ekinci.

Angesichts des technischen Fortschritts und des breiten, vielfältigen Angebots digitaler Lehr- und Lernformen werfe die Weigerung des Ministeriums, diese Mittel zumindest in den Fällen anzuwenden, in denen Kinder anderenfalls nicht oder nur sehr unzureichend beschult werden, ein schlechtes Licht auf das hessische Schulwesen.

Forderung des Elternbund Hessen

Der elternbund hessen e.V. fordert das Land Hessen und das zuständige Ministerium daher auf,

- **digitale Schulungsangebote verbindlich zu etablieren,**
- **virtuelle Klassenzimmer als ergänzende oder ersetzende Unterrichtsform** für Kinder vorzusehen, für die Präsenzunterricht auf absehbare Zeit nicht möglich ist,
- und sicherzustellen, dass **kein Kind in Hessen aufgrund einer Behinderung, psychischen Erkrankung, Traumatisierung oder sonstiger Beeinträchtigung ganz oder teilweise vom Unterricht ausgeschlossen bleibt.**

Kontakt:

Elternbund Hessen e.V. (ebh)

Pressekontakt: Korhan Ekinci, Vorsitzender

korhan@ekinci.online

Über den ebh:

Der Elternbund Hessen e.V. vertritt die Interessen von Eltern und Kindern gegenüber Politik, Verwaltung und Bildungseinrichtungen – überparteilich, konstruktiv und lösungsorientiert.